

Kassen-Wettbewerb ist ungesund

Die Jagd der Krankenkassen auf gesunde, junge Kunden sei zu unterbinden, sagt die St. Galler SP-Gesundheitschefin **Heidi Hanselmann**. Aus ihrer Sicht braucht es deshalb eine öffentliche Krankenkasse – national oder für die Ostschweiz.

Frau Hanselmann, sind Sie mit Ihrer Krankenkasse unzufrieden?

Hanselmann: Nein, mit meiner bin ich zufrieden.

Sie wollen die Krankenkassen aber abschaffen und durch eine Einheitskasse ersetzen.

Hanselmann: Eine Einheitskasse ist eine Möglichkeit, die es ernsthaft zu prüfen gilt. Ich sage nicht, das ist das Patentrezept. Aber sie kann mithelfen, die steigenden Krankenkassenprämien einzudämmen.

Wie konkret?

Hanselmann: Weil damit innovative Versicherungsmodelle wie Managed Care gefördert und teure Werbekosten eingespart werden können. Auch die Jagd auf gute Risiken fällt weg.

Die Werbe- und Verwaltungskosten machen nur 5 Prozent der Gesamtaufwendungen einer Kasse aus.

Hanselmann: Mir geht es vor allem um die unnötigen alljährlichen Kosten in dreistelliger Millionenhöhe bei Kassenwechseln und darum, dass die Kassen viel Geld in die Jagd auf gute Risiken investieren. Anstatt sich um jene 20 Prozent der Patienten zu kümmern, die hohe Kosten verursachen, findet ein Wettlauf um die anderen 80 Prozent statt. Einen solchen Wettbewerb halte ich für ungesund.

Aber er funktioniert. Jeder Versicherte kann die Kasse wechseln, wenn sie ihm zu teuer wird.

Hanselmann: Die unbefriedigende Reservesituation zeigt ein anderes Bild. Das sieht übrigens auch der ehemalige FDP-Präsident Franz Steinegger so, der von einem Pseudowettbewerb unter Kassen gesprochen hat.

Wo liegt das Problem, wenn die Kassen junge, gesunde Kunden bewerben?

Hanselmann: Im Kanton St. Gallen sind 2010 die Gesundheitskosten um 4,6 Prozent gestiegen. Die Prämien nehmen aber im Durchschnitt um über 10 Prozent zu. Da kann doch etwas nicht stimmen. Die Kassen haben mit Billigangeboten junge Versicherte angelockt, und damit wird dem



Die St. Galler Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann.

Gesamtsystem Geld entzogen, das nun fehlt.

Das ist doch letztlich nicht ein Prämienproblem, sondern ein Kostenproblem. Unser Gesundheitswesen ist einfach zu teuer.

Hanselmann: In der Ostschweiz haben wir viel unternommen, um die Kosten in den Griff zu bekommen. Unser Kanton hat Spitäler fusioniert und mehrere Geburtsabteilungen geschlossen. Wir stehen im schweizweiten Kostenvergleich sehr gut da.

Nochmals: Die Kosten steigen permanent, darum steigen auch die Prämien.

Hanselmann: Tatsache ist, dass bei uns die Prämien wesentlich stärker steigen als die Kosten. Das hat auch mit den ungesunden Marktstrategien der Krankenkassen zu tun.

Die Prämien steigen doch auch mit einer Einheitskasse.

Hanselmann: Die demographische Veränderung und medizinische Entwicklung finden auch mit der Einheitskasse statt. Diese bringt aber mehr Transparenz, Innovation und verzichtet auf sinnlose Werbekampagnen.

Der Thurgauer Gesundheitsdirektor Bernhard Koch distanziert sich von einer Ostschweizer Einheitskasse. Ist das Projekt damit gestorben?

Hanselmann: Aus meiner Sicht nicht. Wir warten jetzt einmal die Ergebnisse der Studie ab. Dann diskutieren wir weiter.

Sind Sie für eine regionale oder eine nationale Einheitskasse?

Hanselmann: Man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Eine öffentliche Gesundheitskasse mit kantonalen Agenturen ist ziemlich nahe bei unserer Idee einer regionalen oder kantonalen Krankenkasse. Zentral ist bei beiden Projekten die Beibehaltung der kantonalen Kopfprämien.

Die Einheitskasse ist 2007 vor dem Volk gescheitert. Bürgerliche lehnen sie auch heute wieder ab.

Hanselmann: Warten wir's ab. Die Bürgerinnen und Bürger werden das letzte Wort dazu haben.

Interview: Stefan Schmid

Die Skepsis im Thurgau wächst

Anfang März wollen die Ostschweizer Gesundheitsdirektoren die Ergebnisse ihrer Studie über die Vor- und Nachteile einer regionalen Einheitskasse vorstellen. Auftraggeber sind die Kantone Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden und Glarus.

Es geht auch ohne Wechsel

Nach der Präsentation eines Zwischenberichts hat die Begeisterung namentlich bei bürgerlichen Politikern indes abgenommen. «Ich bin nicht mehr so enthusiastisch wie auch schon», sagt der Thurgauer Gesundheitschef Bern-

hard Koch (CVP) auf Anfrage. Mit einem endgültigen Positionsbezug will er zwar noch warten, bis auch der letzte Teil der Studie vorliegt. Doch Koch glaubt mittlerweile, dass die Mängel am heutigen System auch ohne radikalen Systemwechsel behoben werden können. So wollen die Kassen auf Telefonwerbung verzichten, und sie haben die Provisionen für Kassenvermittler eingeschränkt. Damit werden die Werbekosten reduziert. Andererseits sind im eidgenössischen Parlament Bestrebungen im Gang, die Billigkassen zu eliminieren. Mit der Verfeinerung des Risikoausgleichs soll die Jagd nach guten Risiken, also jun-

gen, gesunden Prämienzahlern, unattraktiver werden.

Oggier: Qualitätseinbussen

Auf Ablehnung stösst die Einheitskasse auch bei Gesundheitsökonom Willy Oggier. Kosten sparen könne nicht das einzige Argument sein. Es gehe auch um die Qualität der Leistungen: «Ein Kassen-Monopol führt früher oder später zu Rationierungen.»

Am Montag hat in Bern ein linkes Komitee erneut eine Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse lanciert. 2007 erlitt ein ähnliches Anliegen Schiffbruch. (wid/ssd)

Regierungsreform mangelhaft

Die vom Bundesrat ausgearbeitete Regierungsreform ist nach Ansicht der GPK nicht geeignet, die in den letzten Jahren zutage getretenen Probleme zu beheben. Sie verlangen Nachbesserungen.

Der Bundesrat nehme seine Führungsaufgaben zu wenig wahr, kritisierten die GPK. Statt des gemeinsamen Vorgehens der Departemente. Zudem nehme die Bundeskanzlei ihre Aufgabe als Stabsstelle des Bundesrats nur beschränkt wahr. Im Entwurf zur Regierungsreform ziehe die Regierung aber keine Konsequenzen. Als wichtigste Neuerung möchte der Bundesrat die

Amtsdauer des Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin auf zwei Jahre verlängern. Zudem schlägt er die Möglichkeit zur Bezeichnung weiterer Amtsdirektoren als Staatssekretäre vor.

Diese Vorschläge stossen in den GPK zwar nicht auf Widerstand. Sie würden die Probleme aber nicht lösen. Nach Ansicht der GPK braucht es keine grosse Gesetzesrevision. Vielmehr habe der Bundesrat im Rahmen der heutigen Gesetze einen «erheblichen Handlungsspielraum». Konkrete Vorschläge machten die GPK nicht. Dies sei nicht die Aufgabe der Aufsichts- sondern der Legislativkommissionen. (sda)

zember vorgelegt. Laut Janiak kommt die Vorlage in der Frühjahrssession ins Parlament. Stimmen die Räte zu, ist im Gesetz künftig explizit festgehalten, dass die Aufsichtskommissionen Zugang zu allen formellen Anträgen und Mitberichten der einzelnen Departemente haben. In Mitberichten äussern sich Bundesratsmitglieder zu Geschäften ihrer Kolleginnen und Kollegen.

Nachrichtendienst gab Arbeit

Viel Arbeit hatte im vergangenen Jahr auch die für den Nachrichtendienst zuständige GPDel. In ihrem im Sommer veröffentlichten Bericht kritisierte sie, dass dieser beim Sammeln von Daten die Gesetze nicht einhält. Gemäss dem Jahresbericht sind die Probleme noch längst nicht behoben. Die GPDel habe im vergangenen Jahr intensiv die Schwierigkeiten des Nachrichtendienstes verfolgt,

Die Schweiz kostet jährlich 30 Milliarden

Der Unterhalt von Infrastruktur und Wohnbauten kostet die Schweiz knapp 30 Milliarden im Jahr – 3850 Franken pro Kopf. Mit den Erweiterungsinvestitionen sind es in den nächsten 20 Jahren jährlich 65 Milliarden.

BERN. Laut einer Fokusstudie des Schweizerischen Nationalfonds (NF) beträgt der Wiederbeschaffungswert des bestehenden «Bauwerks Schweiz» knapp 2400 Milliarden Franken. Die Infrastrukturen – Ver- und Entsorgung, Verkehr, Kommunikation, Schutzbauten – sind 830 Milliarden Franken wert, pro Kopf 108000 Franken oder das Eineinhalbfache des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Wert der reinen Wohnbauten beläuft sich auf 1550 Milliarden oder 200000 Franken pro Einwohner.

Ausgaben für Wohnbauten

Allein der Unterhalt der Infrastrukturen kostet aktuell 19 Milliarden oder 2500 Franken pro Einwohner im Jahr. Bei den Wohnbauten sind es 10,5 Milliarden (1350 Franken pro Einwohner). Der Aufwand dürfte bis 2030 auf 15 Milliarden ansteigen. Hinzu kommen wertvermehrende Investitionen von knapp 8 Milliarden im Jahr, 5,4 Milliarden davon für energetische Sanierungen. Zu den bestehenden Bauten kommen in den nächsten 20 Jahren neue hinzu. Die Forscher beziffern die Investitionen für die neuen Infrastrukturbauten auf jährlich 12,5 Milliarden Franken.

Möglicher Sanierungsstau

Will der Wohnungsbau mit der Bevölkerungsentwicklung Schritt halten, müssen jährlich 26000 Wohnungen erstellt werden – Kosten: 13 Milliarden. Diese Investitionen sehen die Forscher bei den Mietwohnungen gesichert. Ein Sanierungsstau könnte aber beim Wohneigentum entstehen, da dort die Liquidität der Besitzer den Ausschlag gibt. Sorge bereiten die Investitionen in die Infrastruktur. Während etwa bei Strom und Abwasser die Finanzierung steht, hapert es beim Verkehr. Es müssten dafür neue Finanzquellen erschlossen werden. (sda)

Hohe Belastung durch UBS und Libyen

Die aufwendigen Untersuchungen zur UBS- und zur Libyen-Affäre haben die Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte im vergangenen Jahr an die Grenze ihrer Kapazität stossen lassen. Gestern haben sie Bilanz gezogen.

BERN. Die einzelnen Berichte zu ihren Untersuchungen hatten die GPK im Laufe des vergangenen Jahres vorgestellt. Dem gestern veröffentlichten Jahresbericht sind jedoch vereinzelt auch neue Informationen zu entnehmen.

Untersuchungen sistiert

Im Fall der Libyen-Affäre zeigt der Bericht etwa, dass es im Bundesrat vor der Veröffentlichung des Untersuchungsberichts eine Kontroverse um Aussagen gab, die Aussenministerin Calmy-Rey und Verteidigungsminister Maurer gegenüber der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) zu Protokoll gegeben hatten. Aufgrund der gewichtigen Untersuchungen zu UBS und zu Libyen mussten die GPK im vergangenen Jahr viele andere Untersuchungen sistieren. Diese Inspektionen hätten klar die Ressourcengrenzen aufgezeigt, sagte der Präsident der

GPDel sowie der GPK des Ständerats, Claude Janiak (SP/BL). Die GPK hatten deshalb rund vier zusätzliche Stellen für ihr Sekretariat beantragt, welche die eidgenössischen Räte letzten Dezember auch bewilligten.

Streit um Informationsrechte

Aus anderen Gründen sistiert ist die Inspektion der GPK zur Wahl des obersten Kaders durch den Bundesrat: Nach wie vor weigert der Bundesrat die Herausgabe von Dokumenten. Diese Situation stelle ein ernsthaftes Problem dar. Sie würden im laufenden Jahr versuchen, die Situation zu deblockieren. Der Streit zwischen Bundesrat und GPK um die Informationsrechte der parlamentarischen Aufsicht hatte sich in den letzten beiden Jahren zugespitzt. Die GPK streben deshalb eine Gesetzesrevision an. Den Entwurf dazu haben sie im De-

eine gesetzeskonforme Praxis für die Datenbearbeitung zu erarbeiten, heisst es im Bericht. Sie habe ihre Feststellungen auch regelmässig Verteidigungsminister Maurer zur Kenntnis gebracht. Letztlich sei es aber nicht die Aufgabe der parlamentarischen Oberaufsicht, anstelle des zuständigen Departements und des Bundesrats dafür zu sorgen, dass bei der Datenbearbeitung im Nachrichtendienst gesetzliche Vorgaben eingehalten würden.

Berichte haben Folgen

Laut GPK-Mitglied Christine Goll gibt es Beispiele dafür, dass die parlamentarische Aufsicht konkrete Folgen habe. Dies gelte etwa in der Frage der Komplementärmedizin. Nach mehrmaligem Nachgreifen der GPK habe der Bundesrat das Problem bei der Zusammensetzung der Expertenkommission nun erkannt. (sda)